

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

### Geplante Sondermülldeponie in Nonnweiler

Die **Kleine Anfrage 911** vom 6. August 2007 hat folgenden Wortlaut:

Jüngsten Presseberichten zufolge (Trierischer Volksfreund vom 4./5. August 2007) soll durch einen Privatinvestor auf dem Gelände einer Tongrube in Mariahütte auf einer Fläche von acht Hektar eine große Sondermülldeponie errichtet werden, wo bis zu 1,2 Millionen Kubikmeter „überwachungsbedürftige Abfälle“ eingelagert werden könnten. Nicht nur in der unmittelbar betroffenen saarländischen Region, sondern auch in der rheinland-pfälzischen Hochwaldregion hat dieses Vorhaben wachsende Besorgnis erregt, so dass sich schon eine Bürgerinitiative gegen dieses Vorhaben in Nonnweiler gebildet hat, die inzwischen auf 320 Mitglieder angewachsen ist. Von Seiten der kommunalpolitisch Verantwortlichen wird beiderseits der Landesgrenzen ebenfalls dieses Vorhaben als absolut überflüssig angesehen und einmütig abgelehnt. Selbst der saarländische Ministerpräsident Müller soll sich schon öffentlich gegen diese Deponie ausgesprochen haben.

In der Region um Hermeskeil bestehen insbesondere Befürchtungen, dass wegen des geplanten Standortes dieser Sondermülldeponie zu der nahe gelegenen Talsperre Nonnweiler, welche als Trinkwasser-Reservoir u. a. für die Verbandsgemeinden Hermeskeil, Thalfang und die Gemeinde Morbach dient, eine Gefährdung des dort gewonnenen Trinkwassers ausgeht und darüber hinaus die Belange und Interessen des Naturparks Saar-Hunsrück durch die geplante Einrichtung dieser Sonderdeponie stark gestört würden. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass am Standort Mariahütte in der Gemeinde Nonnweiler die Errichtung einer Sondermülldeponie beabsichtigt ist und wie bewertet die Landesregierung dies?
2. Wurde die Landesregierung bzw. wie und wann wurde sie über derartige Planungen informiert und was hat sie bisher in dieser Angelegenheit unternommen?
3. Teilt die Landesregierung ebenfalls die Auffassung vieler kommunalpolitisch Verantwortlicher sowie großer betroffener Bevölkerungsgruppen beiderseits der Landesgrenzen, dass für den Sondermülldeponiestandort in Nonnweiler kein Bedarf besteht?
4. Wird die Landesregierung die kommunalpolitisch Verantwortlichen in der rheinland-pfälzischen Hochwaldregion bzw. im Landkreis Trier-Saarburg in ihrem Bemühen unterstützen, diese Sondermülldeponie in Nonnweiler zu verhindern? Wenn ja, welche Schritte wird sie diesbezüglich und bis wann unternehmen? Wenn nein, bitte detaillierte Begründung.

Das **Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 27. August 2007 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Eine private Gesellschaft verfolgt offenbar seit längerem die Absicht, in der Gemeinde Nonnweiler im Saarland eine Siedlungsabfalldeponie und/oder eine Sonderabfalldeponie zu errichten und zu betreiben. Ein entsprechender Antrag auf Planfeststellung liegt aber bisher nicht vor. In einem eventuellen Planfeststellungsverfahren müsste das dafür zuständige saarländische Ministerium für Umwelt die Frage des Bedarfs für eine diesbezügliche Abfallentsorgungsanlage prüfen. Im Abfallwirtschaftsplan des Saarlandes wird ein derartiger Bedarf verneint.

b. w.

Zu Frage 2:

Rheinland-pfälzische Landesbehörden wurden über das in Rede stehende Vorhaben Ende März 2006 im Rahmen des vom saarländischen Ministerium für Umwelt eingeleiteten und im Oktober 2006 abgeschlossenen Raumordnungsverfahrens „Deponieplanung Mariahütte“ in Nonnweiler beteiligt. Dabei sind aus raumordnerischer Sicht keine Bedenken gegen das Vorhaben geltend gemacht worden.

Zu Frage 3:

Ja.

Zu Frage 4:

Ob überhaupt und ggf. wann die private Gesellschaft die Einleitung eines abfallrechtlichen Planfeststellungsverfahrens einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfung verfolgen wird, ist nach Aussage des saarländischen Ministeriums für Umwelt gegenwärtig noch offen. Vor diesem Hintergrund sieht die Landesregierung derzeit keinen Handlungsbedarf.

Margit Conrad  
Staatsministerin